

Berlin, Mittwoch,

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Abonnements-Preis: vierteljährlich für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Posten, für ganz Deutschland und Oesterreich 9 Mk.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika, Kreuzband-SENDUNG 20 Mk. per Vierteljahr.

Abonnements werden angenommen: für Frankreich bei Ang. Amel in Straßburg i. E., für England bei Ang. Siegle in London, 30 Pine Street E. C., sowie & Co. in London, 19 Great Street E. C.

Berliner Börsen-Beitung.

Abonnements werden angenommen bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als Gratis-Beilagen erscheinen: Submissions-Anzeiger, Hôtels- und Bäder-Anzeiger, Vollständige Diebstahlslisten der Preussischen Klassen-Lotterie, Allgemeine Personensuchs-Tabellen mit Besanten-Listen und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr: die viergespaltene Zeile 40 Pf., Reclametheil 80 Pf., die ganze Seite 200 Mark.

Expedition der Berliner Börsen-Beitung: Berlin W., Kronenstraße No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Hierbei als IV. Beilage: Submissions-Anzeiger.

Oesterreichische Bauernvereine.

Die Mitteleuropäische Zollvereinigung hat sehr wenige Anhänger in der Bauernschaft Oesterreichs, welche in vorerster Person eine Commission zur Ausarbeitung eines Programms ernannt hatte. Das Programm ist vor Kurzem erschienen und mit einer ausführlichen Begründung durch den Vorsitzenden H. Statim in Padarod versehen worden. Darin werden Forderungen, und zwar recht hohe, gegen die österreichische Concurrenz mit Lebensmitteln als notwendig für alle Europäischen Staaten, wenn die Landwirtschaft vor dem Untergang bewahrt bleiben soll, die Aufhebung der Grenzen innerhalb von Europa und mindestens die der Mitteleuropäischen Staaten aber als an und für sich verfehlt und als ganz besonders nachtheilig für den Bauernstand bezeichnet. Eine Verbesserung nach diesen wird nicht ausdrücklich erwähnt, doch geht aus der ganzen Darstellung hervor, daß ein Schutz vor Russischen und Rumänischen Erzeugnissen der Landwirtschaft den Bauern Oesterreichs nicht unerwünscht ist, weil auch in diesen Ländern die Erzeugung zu Preisen, mit welchen nicht concurrirt werden kann, stattfindet. Das neue Programm war mit Rücksicht auf die Neuerung des Reichsraths in Wien verfaßt worden und zu dem Zweck, als Grundlage für eine Bauernpartei zu dienen; zur Bildung einer solchen ist es bis jetzt noch nicht gekommen. Jedenfalls ist es von Interesse, zu erfahren, daß die Oesterreichischen Bauern, soweit sie sich in den Bauernvereinen zusammengeschlossen haben, mit den jetzigen Parteien im Reichsrath zur Zeit 10 verschiedene Clubs, höchst unzufrieden sind, eine Verwirklichung der Parteien für notwendig erklären und unter dieser Hinsicht eine vorzugsweise wirtschaftliche Vertheilung, während die uns der Bekanntschaft Bekannte, welche sich in der Begründung einer „Deutsch-wirtschaftlichen Partei“ von Großindustriellen und Großcapitalisten, also von solchen Gruppen, in welchen die dortigen Bauern ein ihnen feindliches Element enthalten, ausgesprochen ist.

Die Oesterreichischen Bauernvereine datiren aus der Mitte der 70er Jahre; sie sollten Vereine zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der bäuerlichen Bevölkerung sein, „nur für den in Vergehensfeldt gerathenen und arg geschädigten Bauernstand“, und sich fern halten von Anstößen an politische Parteien, „weber liberal, noch clerical“, wie es der Name hieß. Nur Bauern sollten Mitglieder sein dürfen, weder Geistliche, noch Beamte, weder Städte, noch Großgrundbesitzer werden zugelassen und auch in der Begründung zum neuen Programm steht dieser Besatz wieder, nur ein paar, aber nicht zu viel, Advocaten werden als zur Aufnahme in die Bauernpartei geeignet bezeichnet, weil juristische Rath doch nicht entbehrt werden könne. Clerus, Beamte, Großgrundbesitzer, Großindustrielle und Großcapitalisten seien, so meinen die Bauern, zur Geringe schon vertreten, besonders im Herrenhaus; diejenige Bevölkerung aber, welche in Oesterreich (hieft sich) noch die große Majorität bilde, die Bauern, seien ganz ungenügend vertreten, obschon sie, auch der Bedeutung nach, das Uebergewicht haben müßten. Das bei der Begründung der Bauernvereine veröffentlichte Programm war eine bunte Mischung von Wünschen, welche sich zum Theil selbst widersprechen; das neue Programm zeigt entschieden eine weiche Beschränkung auf erreichbare Dinge, ist aber auch noch gegenüber dem Programm, wie wir sie von politischen Parteien gewohnt sind, zu spezifisch und streift in seinen Forderungen zum Theil nahe an die der Socialdemokraten, z. B. in „den alleinigen einheitlichen und progressiven Personalrekrutementen anstatt aller jetzigen directen und indirecten Besteuerung“ und „die allgemeine Waffenhaltung des Volkes von Jugend auf und zu Hause, statt erst im heftigen Greve“.

In der Begründung dagegen und noch mehr in einer fast gleichzeitig erschienenen Schrift mit ziemlich gleichem Gehalt und eben so warmer Betonung der Nothwendigkeit energischer und rascherer

Hilfe für den arg gefährdeten Bauernstand (E. Morne, „Die Arbeiter-Partei und der Bauernstand“) wird nachgewiesen, daß unter den Gefahren, welche die Bauernschaft bedrohen, das starke Eindringen der Socialdemokratie in erster Linie steht. Während bei uns die Agitation auf dem Lande, wie sie in Halle beschlossen worden war, zwar unermüdlich bestritten wird, aber doch im Ganzen mit kaum neuemwärtigen Erfolge, scheint in Oesterreich hiefters allerdings nach den gegebenen Darstellungen schon ein bedenkliches Eindringen stattgefunden zu haben.

Die Lage der Bauern wird überaus düster geschildert, die Verschuldung als bereits vielfach den gefährlichsten Bodenerwerb übersteigend, die Belastung mit Abgaben aller Art (Zölle, Steuern, Gebühren u. f. w.) als nicht mehr erträglich, und diese Klagen werden nicht nur vorgebracht, sondern mit reichem statistischen Material begründet. Die Bauern in Oesterreich stellen in den meisten Beziehungen die gleichen Forderungen, wie sie unsere Landwirthe immer wieder bestritten. Stärkere Besteuerung des mobilen Capitals und der Berggeschäfte, Heilmittelfreiheit, steuerfreie Erbschaften, Abkündigung der Hypothekensicherung, Verantwortliche allgemeine Elementarversicherung, Verstaatlichung der Bahnen, billiger und einheitliche Tarife, Reform im Gerichtswesen (Mündlichkeit, Billigkeit zc.), das alles sind für uns alte Bekannte. Von unseren Landwirthen unterscheiden sich aber die dortigen Bauern sehr wesentlich in anderen Fragen; obschon sie sagen, daß ihr Programm annehmbar für alle Landwirthe gemacht werden sollte, bringen sie unter ihren Forderungen auch die der unbedingten Freiheit der unterirdischen Erdoberfläche, der unentgeltlichen Volkswirtschaft für den Bauernstand, der Amortisirung der Staatsschulden, der abgekürzten Reichsrathswahlperiode (3 statt 6 Jahre), des directen Wahlrechts mit geheimer Abstimmung und der Ausdehnung des Wahlrechts, die Vertretung im Parlament nach Einwohnerzahl und nicht nach Curien u. dgl. m. Hauptächlich aber unterscheiden sie sich von unseren Bauern durch ihre geradezu feindliche Haltung gegen den Großgrundbesitz, durch die Bezeichnung der Besteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse als Unheim, Blut- und Gesundheitsteuer, und durch ihre Anschauungen über das Verhältnis zwischen Stadt- und Landbevölkerung.

Sie sagen, daß es ihnen hauptsächlich bedrögen schicklich gäbe, weil die Bevölkerung, welche die eigentlichen Käufer ihrer Erzeugnisse sind, die des städtischen Mittelstandes und die Leute mit geringem Einkommen, durch die hohen Steuern und Zölle die Kaufkraft verloren hätten, so daß sie nur die Erzeugnisse, welche aus überreichen Ländern in Massen kommen und zu billig sind, herzubringen müßten, also nicht genug verdienen könnten. Ihre Interessen seien identisch mit denen der Kleinen und Mittlern in den Städten und bedroht durch die Großen, durch die Junker, Zoll- und Wirtschaftspolizei, durch die Socialdemokratie und durch den Militarismus, wie das überall in Mitteleuropa der Fall sei.

Nur ein recht kaufkräftiger Mittel- und Gewerbestand in den Städten könne ihnen helfen, diesem aber nur die Herabminderung der Löhne, der Zölle und der Verzehrungssteuern, welche durch höhere Belastung nach oben und durch starke Besteuerung von mehr dem Luxus und dem Wohlbehagen dienenden Gegenständen u. f. w. leicht erreichbar seien. Sie erachten sich in ihren Interessen für völlig solbarrisch mit diesem Theile der städtischen Bevölkerung und deshalb müßten sie sich mit diesem zu einer wirtschaftlichen Mittelpartei verbinden, gegen das Großcapital, den Großgrundbesitz, den Clerus, die Beamtenhierarchie, welche die Anforderungen des Lebens nicht kennen, und gegen die Socialdemokratie, welche alles auf den Kopf stellen wollen.

Diese Partei repräsentirte in Wirklichkeit die nachhaltige Kraft des Staates und besten Reichthum; sie müßte deshalb das Uebergewicht in den gesetzgebenden Körperschaften erhalten, für sich selbst aber dadurch sorgen, daß sie zu Gutesfürst, Rechtlichkeit, Fleiß und Einfachheit überall zurückkehre und die alte Betriebsweise verfolge. Der Weg mit Selbsthilfe sei aber vergebens, so lang nicht die Lebenshaltung der weniger Bemittelten in Stadt und

Land gesichert sei, und dazu gehöre in erster Linie die mittel- oder selbst die Europäische Zollunion mit Schutz gegen die Länder, deren Production uns gefährde, und mit freierem Verkehr innerhalb zum Nutzen Aller.

Das sind im allgemeinen die Anschauungen, wie sie in der Begründung zum „Programm der Oesterreichischen Bauernschaft“ und in der erwähnten Schrift von Morne entwickelt werden. Anschauungen, welche zum Theil denen unserer Landwirthe entsprechen, zum Theil aber davon ganz verschieden sind.

Jedenfalls haben die dazu vereinigten Oesterreichischen Bauernvereine die Verhandlungen mit dem Deutschen Reich freudig aufgenommen, während unsere landwirtschaftlichen Vereine kühl oder feindselig denselben gegenüber standen und zum Theil noch stehen. Daß auch in Oesterreich ein Theil der Bauern und der Landwirthe nicht auf dem Boden dieses Programms steht, soll nicht unerwähnt bleiben, die „Deutsch-wirtschaftlichen Bauernvereine“ zum Beispiel haben sich dagegen erklärt, für die Zoll-Union mit Deutschland und überhaupt freieren Handel sind sie aber auch, während bei uns bis jetzt nur einzelne sich ähnlich erklärt haben. — x —

Telegraphische Depeschen.

Erfurt, 15. September. (C. T. C.) Der Kaiser verammelte nach der Ankunft im Wanderverthe die Schiedsrichter für die Wanderverthe auf der Höhe zwischen Bientzsch und Jümmersruppa um sich, beobachtete eingehend das Gesicht auf der Fläche des Schuttes Feldes und ließ, als nach einem Entschlusseschlusse das Säckcorps in Besitz der Höhe gelangt war, das Gesicht abbrechen. Se. Majestät hielt bei frömden Regen eine längere Verapredung über das Gesicht und nahm zum Schluß noch einen Parademarsch ab. Um 2 1/2 Uhr traf der Kaiser in Begleitung des Grafen Waldersee wieder in Erfurt ein.

Stuttgart, 15. September. (C. T. C.) Nach amtlicher Mittheilung war das Befinden des Königs in der letzten Woche zufriedenstellend; die anhaltend günstige Witterung ermöglichte den Aufenthalt im Freien, was bei andauernder Ruhe von erheblichem Einfluß auf die Erholung des hohen Kranken ist.

Wien, 15. September. (C. T. C.) Die Politische Correspondenz ist von competenten Seite zu der Erklärung ermächtigt, daß die von mehreren Journalen reproducirte Nachricht eines Ungarischen Bittes, ein Soldat des Infanterie-Regiments Nr. 102 habe bei einer Uebung gegen den Hauptmann Ugelac einen scharfen Schuß abgefeuert, sowie alle daran geknüpften Einzelheiten jeder thatsächlichen Begründung entbehren.

Haug, 15. September. (C. T. C.) Die Generalstaaten sind heute von der Königin-Regentin mit einer Thronrede eröffnet worden, in welcher es heißt: Die allgemeine Lage sei eine befriedigende, und die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten seien die freundschaftlichsten. Das Landheer wie die Marine erfüllten ihre Aufgaben in rühmlicher Weise, zumal in Afrika, wo die Blafade der Räuber außerordentlich Anstrengungen verlange. Was die Finanzen betreffe, so würden die genehmigten Anordnungen stärkere Ansprüche an die Steuerkraft des Landes notwendig machen. Der Ausfall der letzten Wahlen habe bewiesen, daß es erforderlich sei, die als notwendig erkannten Reformen in der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates in geregelter Weise und ohne jeden Aufschub zu verwirklichen. Dem in Vorbereitung begriffenen Gesetzentwurf über das Wahlrecht werde sich eine Revision der Provinzial- und Communal-Gesetze anzuschließen haben. Ein Gesetzentwurf, betreffend die Verbesserung des Steuerwesens, werde demnächst den Kammern vorgelegt werden; in Vorbereitung sei eine Vorlage über die Reorganisation der Armee, welche, ohne zu große persönliche und finanzielle Opfer zu erfordern, dennoch die nationale Verteidigung sicherstellen werde. Inzwischen würde es indeß nöthig werden, die nationale Militz zur Verfassung des Jahresbestandes zeitweise heranzuziehen. Auch betriß die Marine seien Reformen beabsichtigt, ebenso die Regelung der Administrativ-Jurisdiction. Ferner werde ein